

Aus den Verhandlungen

über die

Verlängerung des Socialistengesetzes.

Reden der Abg. Geiser und Bebel.

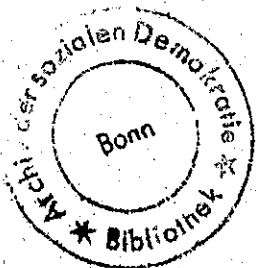
München.

Verlag von C. Grillenberger.

Druck von Wörlein & Comp.

1884.

A 88-6822



Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geiser.

Abgeordneter Geiser: Meine Herren, wir würden den Antrag auf Streichung des § 1 nicht eingebracht haben, wenn wir nicht durch den Schluß der Discussion gestern verhindert worden wären, uns gegen die vielfachen Angriffe, welche in der Debatte gegen uns gefallen sind, zu verteidigen, und ich hoffe, daß der Herr Präsident der Ermahnung zur Kürze, die er heute gestellt hat, nicht so weit praktisch Nachdruck geben wird, daß er mich verhindern wird, im Namen meiner Fraktion auf die Angriffe hier eingehend zu antworten.

Ich will also zunächst constatieren, daß gegenüber diesen Angriffen uns dennoch gestern ein Gefühl des Befragens beschlichen hat, des Befragens darüber, daß endlich einmal authentisch Klärung verschafft worden ist, daß das Sozialistengesetz sich nicht im Wesentlichen gegen unsere Parteibestrebungen richtet, sondern daß es ein politisches Mittel zu anderen Zwecken ist. Ferner, meine Herren, ist von Seiten des Herrn Reichskanzlers ein Gedanke in die Debatte geschleudert worden, der uns auf das Lebhafteste sympathisch berührt, und das ist der Gedanke des Rechts auf Arbeit. Vor ungefähr 2 Jahren habe ich einen Antrag, welcher das Recht auf Arbeit formulirte, einzubringen versucht; es ist mir das damals nicht möglich gewesen, weil die fünfzehnte Unterschrift im ganzen Hause nicht aufzutreiben war; da nun gestern von dem Herrn Reichskanzler dieser Gedanke in die Debatte gebracht worden ist, werden wir heute einen Antrag einbringen, wir, die socialdemokratische Fraktion, welcher dahin geht, das Haus wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler aufzufordern, er möge dem Reichstag unverzüglich einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen das in der Reichstags-Sitzung vom 9. Mai von ihm proclamirte Recht auf Arbeit zur Verwirklichung gelangt.

Meine Herren, wenn ich nun übergehe zu den Angriffen, die gegen uns geschehen sind, so erlaube ich mir, mich zunächst mit dem Herrn Abgeordneten von Köller zu beschäftigen.

(Stimme des Präsidenten.)

Präsident: Ich muß dem Herrn Abgeordneten gegenüber meinen zu Anfang ausgesprochenen Wunsch wiederholen, — einen Wunsch, den das ganze Haus theilt. Wir sind jetzt bei der Discussion seines Antrags, welcher den § 1 des Gesetzes von 1878 aufheben will; das aber gibt keine Gelegenheit, auf Angriffe zu erwidern, die in einer Debatte gefallen sind, welche wir bereits geschlossen haben.

Abgeordneter Geiser: Herr Präsident, der § 1 des Gesetzes lautet doch: Vereine, welche durch socialdemokratische, socialistische oder communistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten u. s. w.

Ich will nun klar legen und zwar im Anschluß an die gehaltenen Reden, daß solche Bestrebungen nicht existiren; ich befinde mich also im Zusammenhange mit § 1.

Präsident: Wenn Sie klar legen wollen, daß solche Bestrebungen nicht existiren, so kann ich dagegen nichts einwenden; ich kann nur nicht die Verbindung erkennen, in welche Sie diese Klarlegung mit der Rede des Herrn Abgeordneten von Köller bringen wollen.

Abgeordneter Geiser: Zur Motivirung, daß solche, den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezweckende Bestrebungen bestehen, wären verschiedene Behauptungen vorgebracht, und ich nehme zunächst die Behauptung heraus, daß wir ein officielles Parteiorgan besäßen, in welchem ganz klar solche umstürzende Tendenz zu Tage tritt.

Diese Behauptung hat man vielfach zu beweisen gesucht, indem man unser Parteiorgan in einzelnen Theilen Ihnen vorgelesen hat. Nun, meine Herren, würde das genügen, wenn nachgewiesen wäre, daß sich die Bestrebungen der Partei in unser in diesen betreffenden Artikeln vorfinden; es ist aber gesagt, daß vieles andere in dem Parteiorgan enthalten ist, welches diesen Behauptungen entgegensteht. Wir haben außerdem in einer Erklärung, welche auch hier vorgelesen ist, am Schlusse derselben ausdrücklich erklärt, daß wir gar nicht daran denken, sämtliche Artikel, die in jenem Blatte geschrieben stehen, zu vertreiben. Wer weiß nun, ob diejenigen Artikel, die man Ihnen vorgelesen hat, nicht gerade solche sind, welche auch wir mißbilligen? Ich will Ihnen z. B. gleich einen davon nennen. Ein Gedicht war es, welches die Meinelssaffäre behandelte. Ja, meine Herren, ich kann hier im Namen meiner Fraktionsgenossen erklären, daß dieses Gedicht die entschiedenste Mißbilligung auch unsererseits gefunden hat, und daß Derartiges absolut in dem officiellem Parteiorgan der Socialdemokratie nicht mehr zu Tage treten wird, und zwar nicht etwa beschweigen, weil wir nicht wollten, daß da eine unserer Anschauungen klar der Welt vorgelegt wird, sondern weil gerade Derartiges mit unserer Anschauungen absolut gar nicht übereinstimmt. Meine Herren, solche Art Weise schlagen also uns keineswegs. Außerdem müssen Sie doch bedenken, daß wir jetzt in der Wahl der officiellem Parteiorgane gerade durch das Socialistengesetz ganz außerordentlich beschränkt sind. In Deutschland können wir unsere Grundsätze nicht ungehindert erreichen, wir müssen uns an ein ausländisches Blatt wenden. Das Blatt wird von Leuten, die durch das Socialistengesetz aus ihrer Heimath vertrieben worden sind, redigirt. Daß diese von einer großen

Erbitterung erfaßt sind und dieser Erbitterung Ausdruck geben in einer oft über das Ziel hinaus schießenden Welle, das können Sie den Leuten wahrhaftig nicht abnehmen. Geben Sie das Socialistengesetz auf, so werden Sie sehen, ob nach dieser Richtung hin nicht Wandel eintritt.

Ferner wird uns häufig vorgeworfen, schon dadurch bewiesen wir, daß wir den gewaltthätigen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung anbahnten, daß wir nicht mit den Gegnern discutiren wollten, daß wir uns auf vernünftige Auseinandersetzungen absolut nicht einlassen wollten. Darin täuscht man sich wieder und zwar in einer mir ganz unbegreiflichen Weise. Jeden, der das behauptet — unter anderen hat das auch der Herr Minister von Puttkamer gethan — ersuche ich, einfach in unsere Versammlungen zu kommen. Wir erbiten uns, alle Monate mit jedem beliebigen der Herren, sei es Herr von Köller, sei es der Herr Abgeordnete von Münnigerode, sei es der Herr Staatsminister von Puttkamer, zu disputiren und ganz freie Discussion walten zu lassen. Dann werden die Wähler, die versammelt sind, zwischen Ihnen und uns entscheiden können.

Es wird ferner zum Beweise, wie gefährlich unsere Ansichten seien, unter anderen auch das Buch angeführt, welches mein Parteifreund Wepel jüngst geschrieben hat. Es ist mir auch dies gänzlich unbegreiflich, wie man so seine Anklagen gegen eine ganze Partei motiviren kann. Auf den materiellen Inhalt des Buches hier einzugehen, kann mir natürlich gar nicht einfallen. Aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß, wie der Abgeordnete Wepel selbst in der Vorrede betont, das Buch ausschließlich aus seiner eigenen Ueberzeugung heraus geschrieben ist, und daß nicht mit einer Silbe in dem Buche geschrieben steht, daß die gesammte socialistische Partei hinter diesen seinen Ansichten stehe. Nun, meine Herren, denken Sie sich doch, wenn einer von Ihnen, z. B. der Abgeordnete von Münnigerode, über irgend einen wissenschaftlichen Gegenstand, der ihm nahe liegt, z. B. über Pferdezuucht —

(Ausrufe. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um etwas Ruhe.

Abgeordneter Geiser: — ein Buch schreiben würde, und wenn er darin revolutionäre Ansichten auf dem Gebiete der Pferdezuucht ausführen würde, wer würde denn der konservativen Partei den Vorwurf machen wollen, daß sie ohne Weiteres hinter diesen revolutionären Ansichten stünde?

(Zuruf rechts: Ein Führer!)

— Gleichviel, ob das ein Führer ist, Herr von Köller, oder nicht. Der Führer drückt auch nicht stets, wo er redet oder schreibt, die Ansicht seiner Partei aus. Wepel spricht nicht immer, wo er steht, ex cathedra, er ist ebenso wenig wie ein anderer Mensch unfehlbar, das wissen wir sehr gut; und ob er in dem Buche recht hat oder unrecht, ist für die Beurtheilung, ob unsere Partei grundsätzlich etwas taugen, ganz gleichgültig. Zum Beweise, daß die socialistische Partei bekämpft werden muß, ist das Buch also nicht anzuführen.

Ferner hat man uns zwar als gewaltigsten der Vorwürfe gegen uns in's Feld geführt, daß wir die blutige Revolution wollten. Nun, meine Herren, es

ist wiederholt ausgeführt worden und zwar schon von Lassalle, was wir unter Revolution verstehen. Revolution ist allerdings eine Umwälzung, aber zunächst eine Umwälzung einerseits in den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie sich beständig, und gerade gegenwärtig besonders tiefgehend vollzieht, und andererseits eine Umwälzung in den Ueberzeugungen der Menschen. Diese Revolution ist gewöhnlich abgeschlossen — das beweist die Weltgeschichte —, wenn die blutige Revolution, das was man fälschlicherweise ausschließlich „Revolution“ genannt hat, ihren Anfang nimmt. Es ist das statant bei der französischen Revolution. Der Bastillenkurm stellt weiter nichts dar als das Aufeinanderplayen der bereits vollzogenen politischen Revolution mit der Contrerevolution, und so ist das immer und überall. Die Revolution wird nicht gemacht von Denjenigen, welche die Träger der neuen Gedanken sind, sondern im Gegenteil von Denjenigen, welche sich gegen die friedliche Verbreitung und politische Gestaltung dieser neuen Gedanken auflehnen. Die Revolutionen werden nicht von den Leuten gemacht, die auf dieser Seite (bei den Socialdemokraten) sitzen, sondern von den Leuten, die hier, auf der Rechten, sitzen und sich absolut nicht abfinden können mit den wirtschaftlichen Neugestaltungen und den Gedanken, die nach Entwicklung und Anerkennung ringen und sich durch Ignorieren und die Kleinlichen Mittel polizeilicher Repression nicht mehr unterdrücken lassen.

Meine Herren, es zeigt sich das so recht bei dem, was wir in der jüngsten Zeit hier auch im Reichstage erlebt haben; es vollzieht sich diejenige Revolution, die wir nähren und nach Kräften beschleunigen, — sie wird nicht erst vorbereitet und beginnt nicht morgen oder übermorgen oder in fünf Jahren, wir stecken bereits mitten drin. Die Proclamation des Rechtes auf Arbeit von Seiten des Herrn Reichskanzlers ist eine Aeußerung dieser socialen Revolution, die sich vollzieht, und Sie gerade von der rechten Seite, Sie sind es, die wohl oder übel unter das Banner der socialen Revolution sich nunmehr schaaren werden —

(Zuruf)

— unfreiwillig, ganz gewiß. Freilich wird diese sociale Revolution, der das Recht auf Arbeit die Basis gibt, weit über das hinaus gehen, was Sie wünschen, das ist gar kein Zweifel. Es wird auch bei der socialen Revolution nicht bleiben, auf dem Fuße dieser socialen Revolution wird eine politische Umwälzung folgen, es wird sich da in der That wahrscheinlich um den kleinen Unterschied, wie der Herr Reichskanzler sagte, zwischen Republik und Monarchie handeln. Das ist alles ganz richtig, und es ist eine wirklich kostbare Fronte der Weltgeschichte, daß Sie hier, meine Herren auf der rechten Seite, die Nachfolger des konservativsten Meiß, den es vielleicht überhaupt in der Welt gibt, durch die Logik der Thatfachen gezwungen werden, nunmehr sich als „Sanftmächte der socialen Revolution“ — möchte ich sagen — unter die Banner derselben zu schaaren.

Ich bin nun des Weiteren der Ueberzeugung, daß sich gerade durch die unbehinderte Darlegung unserer Prinzipien der Beweis auf das Statanteste wird führen lassen, daß wir auf den Umsturz der staatlichen Verhältnisse durch blutige Revolution nicht hingsielen, sondern, daß sie uns höchstens in den Ver-

hältnissen — sehr gegen unseren Willen und gewiß nicht zu unserem persönlichen Vorthell — aufgenöthigt wird. Es wird von unseren Gegnern eben immer der Zweck mit den Mitteln verwechselt. Es ist uns gesagt worden: Man kann es ja lesen in einem eurer Blätter: „uns sind alle Mittel recht“. Man hat uns gesagt, da rufen Sie nicht „ja“, da scheuen Sie sich, zustimmen. Wir haben damals nur deswegen nicht „ja“ gerufen, weil wir wußten, daß das falsch gebedeut wurde; hier, von dieser Stelle aus sage ich nunmehr so klar wie möglich und ohne alle Umschweife, daß wir, wenn man uns entgegenwirft: euch sind alle Mittel recht, — mit „ja“ antworten, und zwar einfach deswegen, weil die Wahl der Mittel nicht in unserer Hand steht. Die Mittel werden gewählt durch den Entwicklungsengang der Weltgeschichte und Ihnen ganz ebenso aufokroyirt wie uns. So wenig, wie Herr von Kleist-Nehow und andere Herren glauben, daß der Krieg an sich etwas Gutes für die Menschheit ist, und so sehr sie doch genöthigt sind, dem Kriege, wenn der Entwicklungsengang der Weltgeschichte ihn aufnöthigt, sich zu fügen, ebenso sehr würden wir, wenn die Contrerevolution dem Rad der Zeit in die Speichen fallen sollte, gezwungen werden zur blutigen Nothwehr. Aber das zu vermeiden, möchten wir uns eben gerne mit allem Volke friedlich auseinandersetzen; das zu vermeiden, möchten wir haben, daß Sie das Socialistengesetz aufheben: dann würden Sie die Bahn der friedlichen Entwicklung geebnet haben.

Der Herr Reichskanzler hat gestern gesagt, es handle sich hier um eine gewisse geistige Brandstiftung, der man die Bahn nicht freilassen dürfte. Nein, meine Herren, wenn man die Dinge von dem Standpunkte betrachtet, den ich Ihnen hier dargelegt habe, so handelt es sich bei unseren Bestrebungen nicht um eine geistige Brandstiftung, sondern es handelt sich thatsächlich vielmehr um eine Unterdrückung der Feuerwehr gegen die Brandstiftung, die von unseren Feinden getätigt wird.

Ebenso falsch ist es, wenn man behauptet, wir ständen auf dem Boden des Anarchismus, oder die Anarchie sei eine Tochter oder Schwester meiner wegen der Socialdemokratie. Merkwürdigerweise weiß der Herr Reichskanzler sehr gut, daß der russische Nihilismus viel eher den liberalen Ideen auf das Conto zu schreiben wäre, als den socialdemokratischen, als der Arbeiterbewegung. Ganz genau so verhält es sich mit der Anarchie, gleichviel wo sie auftritt. Die Anarchie ist der gerade Gegensatz zu den socialdemokratischen Bestrebungen. Die Socialdemokratie will ja den Staat nicht abschaffen, sie betrachtet den Staat nicht, wie der Herr Minister von Puttkamer gestern gesagt hat, als ein Verbrechen, nein, nur den schlechten Staat, den Staat, der einen großen Theil seiner Mitbürger unterdrückt, der den Leuten z. B. nicht das Recht auf Arbeit gewähren will, solch einen Staat betrachtet sie zum Mindesten als einen Uebelstand, dem abgeholfen werden muß. Denjenigen Staat aber, der Einrichtungen trifft, welche es jedem Einzelnen ermöglichen, sich durch seiner Hände Arbeit zu ernähren, welcher dabei demokratische Gleichberechtigung gewährt, den betrachtet die Socialdemokratie als entwicklungsfähig, den wird sie nicht beseitigen, sondern nur ausbauen.

Nun, meine Herren, ich sagte, die Anarchie sei viel mehr verwandt mit den Parteigedanken der Freisinnigen als mit den unsrigen. Die Anarchie ist der

Ausdruck des weitestgehenden socialpolitischen Individualismus, der von uns nicht vertreten wird. Wir wollen zwar auch Freiheit des Individuums, aber doch die Vereinigung aller Individuen zu Ruh und Frommen der Gesamtheit und ihre Unterordnung unter diese Gesamtheit. Wir wollen, nicht die individualistische Auflösung, wie sie durch das Programm der liberalen Parteien und durch deren Parteibestrebungen in das Staatsleben eingeführt worden sind. Wer es mit dieser liberalen Individualisierung ernst nimmt, wer da für sich nicht Grenzen zu ziehen vermag entweder in Folge seiner mangelnden Bildung oder in Folge schlechten Charakters, der geräth naturgemäß in anarchistische Bestrebungen hinein. Also die Anarchisten sind nicht Bundesgenossen von uns, nein, sie sind ebenso in principielle als in praktischer Beziehung Gegner. Und wenn Sie schon sie irgend jemand an die Rockschöße hängen wollen, so müssen sie consequenterweise — und ich glaube, das wird dem Herrn Reichskanzler gar nicht schwer werden, die Anarchisten an die Rockschöße der Fortschrittspartei hängen. Und hier, meine Herren, will ich offen gestehen, wir sind Feinde der Fortschrittspartei genau so sehr, wie wir Feinde der Conservativen sind, auch wenn sie jetzt, was wir sehr dankbar anerkennen, — es geschieht aber aus der Consequenz ihrer Grundsätze, — wenn sie jetzt gegen das Socialistengesetz stimmt. Es ist richtig, wenn sich die Socialdemokratie ausbreitet, so bildet sie ein feindliches Armeecorps im Rücken der Fortschrittspartei; das werden wir niemals leugnen, und wir werden den Kampf gegen die Fortschrittspartei mit derselben Energie führen, wie gegen alle anderen Parteien, gegen alle, sage ich. Letzteres wird uns nun häufig durch die Handhabung des Socialistengesetzes sehr schwer gemacht. Zum Beispiel hier in Berlin können wir im 4. Wahlkreise, wo wir den Fortschrittsleuten bei der Wahl gegenüberstehen, ganz frei Versammlungen abhalten und agitiren, im 2. und 6. Wahlkreise aber, wo wir dem Herrn Stöcker und dem gleichfalls antisemitischen Herrn Ferner gegenüberstehen, da dürfen wir keine Versammlungen abhalten.

(Weiterkeit.)

Das, meine Herren, ist uns, offen gestanden, sehr unbequem, denn wir sind schon längst dabei, nicht nur im Rücken der Fortschrittspartei ein feindliches Armeecorps zu organisiren, sondern auch im Rücken der antisemitischen Partei des Herrn Stöcker, und ich meine, die Gerechtigkeit sollte den Herrn Reichskanzler antreiben, auch nach der Richtung hin uns weiteren Spielraum zu gewähren, als bisher. Sie sehen, das Socialistengesetz im Ganzen und Großen, welches ja auf der Grundlage dieses § 1 beruht, führt auch zu sehr erheblichen Inconsequenzen, und da diese Inconsequenzen die Polizei betreffen, so führt es gewissermaßen auch zu einer Demoralisation der Polizei, eine Demoralisation, die ja nach dem Zeugniß des Herrn Reichskanzlers sogar auf ihn ihre Schatten geworfen hat. Also, noch mehr als der Herr Reichskanzler sich über die Polizisten zu beklagen hatte, haben wir Ursache dazu, und wir wünschen, daß der Herr Reichskanzler da alle seine Autorität spielen läßt, uns nach allen Richtungen hin freie Bahn zu schaffen, nicht allein gegen die Fortschrittspartei.

Ferner ist uns vorgeworfen worden, es zeigte sich unsere umstürzende

Tendenz ganz besonders auch darin, daß wir hier, wo wir doch mit geistigen Leistungen auf dem Gebiete der Gesetzgebung hervortreten könnten, bisher noch gar nichts Wesentliches geleistet haben. Nun, meine Herren, das ist ein Vorwurf, gegen den ich den anderen des Mangels an gegnerischer Noblesse erhebe. Denn wer hat uns denn, so lange wir hier im Reichstage sitzen, daran gehindert, daß wir mit geistigen Leistungen hervortreten? Doch die anderen Parteien und vor allen Dingen die conservative Partei, aus der heraus dieser Vorwurf erhoben worden ist. Wir haben ja selbst zu tragen, zu denen später der Herr Reichskanzler übergeht und überzugehen genöthigt ist durch die socialpolitische Entwicklung, wie beim Recht auf Arbeit, nicht einmal die 15 Unterschriften im ganzen Hause finden können; ja sogar bei dem Herrn Abgeordneten Stöcker war es uns nicht möglich, der damals sagte, er suche die Lösung dieser Frage, des Rechts auf Arbeit also, auf einem anderen Gebiete, als wir. Er sucht sie heute wahrscheinlich auch auf einem anderen Gebiete, auf dem Gebiete der antisemitischen Bewegung, der Judenhetze und Judenverfolgung. Der Herr Reichskanzler hat aber bereits eingesehen —

(Stimme des Präsidenten.)

Präsident: Ich muß den Herrn Abgeordneten erlauben, bei der Sache zu bleiben.

Abgeordneter Geiser: Ich wollte sagen: der Herr Reichskanzler hat bereits eingesehen, daß das keine auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung abzielende Bestrebungen sind, die unter anderem auf das Recht auf Arbeit abzielen;

(Weiterkeit links)

also bin ich doch wohl einigermaßen bei der Sache gewesen.

Präsident: Ich muß bei meiner Ansicht verbleiben, daß Sie nicht bei der Sache waren.

Abgeordneter Geiser: Schön, ich bin auch damit fertig.

Meine Herren, ich bedaure, daß ich allerdings durch die Art und Weise, wie der Herr Präsident die Grenze der Discussion zieht, ganz wesentlich in der Vertheidigung meiner Partei gehindert bin, die doch hier wenigstens sichtbar —

(Große Unruhe und „Dro“rufe rechts. Stimme des Präsidenten.)

Präsident: Will der Herr Abgeordnete mir einen Vorwurf wegen meiner Geschäftsführung machen?

Abgeordneter Geiser: Nein, ich bin der festen Ueberzeugung, Herr Präsident, daß Sie sich dazu genöthigt halten; aber es ist doch richtig, daß ich dadurch wesentlich beschränkt werde.

Präsident: Jeder Redner ist beschränkt!

(Große, anhaltende Weiterkeit.)

Jeder Redner hat die Grenzen einzuhalten, welche durch den zur Verathung stehenden Gegenstand gezogen sind.

Abgeordneter Geiser: Also, meine Herren, die letzten Erklärungen des Herrn Präsidenten bezügelten mich durchaus und ich will nun kurz zum Schluß

Übergehen. Meine Herren, Sie haben vor allen Dingen durch den Gang der gestrigen Debatte, zu der ich heute eben nur ganz kurze Illustrationen und Hinzufügungen leisten konnte, zweifellos gesehen, daß das Socialistengesetz nicht nur für uns hinderlich, sondern auch zum mindesten für den Staat nutzlos ist. Denn wenn in der That sich der Kampf, der seitens des Herrn Reichskanzlers geführt wird, in erster Linie gegen die Fortschrittspartei richtet, so sehe ich nicht ein, warum Sie nicht lieber ein Gesetz zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Fortschrittspartei machen und uns vorläufig freie Bahn lassen. Wir werden selbstverständlich auch damit nicht übereinstimmen, aber von diesen beiden Uebeln wäre uns das Gesetz gegen die Fortschrittspartei immer noch das kleinere.

Im Uebrigen, meine Herren, habe ich mich bemüht, nachzuweisen, daß das Gesetz die politische Lage schwieriger macht, als sie bisher ist. Den Beweis zu führen, daß Sie sich irren, wenn Sie uns vorwerfen, wir beförderten den blutigen, kulturerstörenden Umsturz der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung, den Beweis können wir nur bei freier Discussion liefern. Er wäre längst erbracht worden, wenn wir unsere Presse, unsere Versammlungen und Vereine noch hätten wie früher.

Sie sagen freilich, die Presse sei vielfach zügellos gewesen. Die Socialdemokratie hat eben auch ihre Sturm- und Drangperiode durchzumachen gehabt, wie jede andere Partei. Und sind denn die übrigen Pressorgane so zart? Ist denn die „Norddeutsche Allgemeine“ etwa ein zartes Blatt, welches den Gegner nur mit Glaschandschuhen angreift? Ich denke nein! Ferner bedenken Sie: was wird in den Wahlagitatorien von allen Seiten geleistet, wie werden die Gegner angegriffen? In einer Weise, die mir und meinen Parteigenossen immer unangenehm gewesen ist, und die jedenfalls von unserer Seite nicht die schlimmste Ausbildung gefunden hat. Das sind natürliche Erscheinungen im politischen Kampfe. Sie erheben sogar hier an dieser Stelle, wo die Leiden schaften am meisten unter der Herrschaft des Gedankens stehen sollten und unter der Herrschaft der gesellschaftlichen Formen. In welcher Erhöhung auf beiden Seiten, zu welchen Mißverständnissen und Verdächtigungen kommt es nicht hier in diesem Hause, in ganz natürlicher Folge der menschlichen Leidenschaftlichkeit! Wir sind eben nicht zarter besaitet, meine Herren, als andere Menschen; es wird uns aber hinderlich werden, Ihnen zu beweisen, daß wir auch nicht gehässiger, verletzender vorgehen, als irgend ein anderer. Ich habe sogar die festeste Ueberzeugung, daß in sehr weite, und jetzt noch fern bleibende Kreise des Volkes hinein es uns gelingen wird, sobald wir endlich einmal uns wieder frei regen können, die Ueberzeugung zu tragen, daß die Gedanken des socialistischen Programms den einzig richtigen Weg weisen, um aus den Calamitäten der gegenwärtigen socialen Lage herauszukommen. Daß wir diesen Beweis erbringen, geschieht nicht allein zu unserem Vortheil, selbst nicht allein zum Vortheil unserer Partei, das geschieht in der That zu Nutz und Frommen der ganzen Gesellschaft, die vor dem Abgrund der blutigen Revolution zu schützen und davon zurückzuerheben doch wahrhaftig die Pflicht aller Politiker, gleichviel welcher Parteien, sein sollte. Denn die Freilichte der Revolution haben in erster Linie nicht die Revolutionäre eingeschmeißt, wie

Sie alle wissen. Auf die französische Revolution von 1789 folgte die Militärmonarchie, eine Periode ungeheurer Kriege und weitgreifender Culturvernichtung; und das zu verhindern haben wir mindestens eben solches Interesse, wie irgend Jemand von Ihnen.

Freilich ist uns auch noch der Vorwurf gemacht worden, es ginge ja aus den verschiedenen Kundgebungen, die von uns erschienen sind, hervor, daß wir den Atheismus predigen, und daß wir auf dem Boden des Materialismus mit unseren Grundsätzen erwachsen seien. Diejenigen, die das behaupten, und die das zu einer Anklage gegen die ganze Partei formuliren wollen, kennen das, was meine Parteigenossen im Grunde als ihre Ueberzeugung gegenüber der Religion und Philosophie anerkennen, sehr wenig.

Der Atheismus, die reine Negation des persönlichen Gottes, war eine Stufe auf dem Wege der Erkenntniß allerdings einer ganzen Reihe von Menschen und großer Volkstheile. Der Atheismus ist aber nicht durch die politischen Parteien in das Volk hineingetragen worden, diese Negation des persönlichen, des Christengottes, sondern sie ist durch die Wissenschaft in das Volk hineingebracht, durch die Popularisirung der Wissenschaft, und heutzutage ist man in der Wissenschaft, wie ich sehr wohl weiß, sowohl über die leere Negation, die im Atheismus liegt, als über den rohen, trassen Materialismus bereits hinaus, es sind überwundene Stappen. Wenn die Wissenschaft, die speciell darwinistische Naturwissenschaft, geführt von Herrn Haeckel, sich bereits zu dem Gedanken einer Mitbeseelung der Materie versteigt, so stehen wir dem allerdings nicht so gegenüber, wie der Herr Abgeordnete Virchow auf der Naturforscherversammlung in München meinte, daß wir das ohne weiteres acceptiren, daß wir auf Grund dieses Gedankes blind auf die bestehenden Anschauungen und Verhältnisse einstürzten. O nein! Wenn damals der Abgeordnete Virchow die zweifelhafte Freundlichkeit gehabt hat, zu sagen: „Meine Herren, bedenken Sie nur, wie im Kopfe eines Socialdemokraten sich der Darwinismus ausmalen wird!“ so hat er bewiesen, daß er uns gar nicht kennt; denn der Standpunkt, den der Abgeordnete Virchow gegenüber dem Darwinismus einnimmt, ist der Standpunkt nicht der Partei, denn die Partei hat sich nur an ihr Parteiprogramm zu halten, und alles, was darüber hinausgeht, ist Privatmeinung des Einzelnen; aber viele von uns nehmen genau dieselbe Stellung zum Darwinismus ein, wie der Herr Abgeordnete Virchow, d. h. wir sagen, daß, was specifischer Darwinismus ist, nämlich die Zuchtwahltheorie, welche zur Erklärung der Artenentstehung benützt wird, ist vorläufig noch nicht bis zur Zweifellostigkeit bewiesen. Wenn es der Wissenschaft gelingt, das zu beweisen —

(Stimme des Präsidenten.)

Präsident: Der Herr Redner entfernt sich wieder weit von dem Gegenstand der Debatte.

Abgeordneter Geiser: Wenn das der Fall gewesen ist, dann habe ich mich geirrt. Ich habe geglaubt, wenn ich auseinandersetze, welcher Art unsere wissenschaftlichen Ueberzeugungen sind, dann bewelse ich, daß es uns nicht ankommt auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung —

Präsident: Sie haben sich nicht darauf beschränkt; Sie haben eine Auseinandersetzung über den Darwinismus gemacht, und das gehört nicht zur Sache.

Abgeordneter Geiser: Ich werde damit schließen und gelegentlich, wenn es geht, in Berlin über diese Frage einen Vortrag halten.

(Geiterkeit.)

Also meine Herren, ich fordere Sie auf, angesichts aller dieser Thatsachen, wie ich sie hier vorgeführt habe, angesichts der von uns jederzeit zu beweisenden Behauptung, daß wir Alles von A bis Z widerlegen können, was vorgebracht wird, um darzulegen, daß wir den blutigen Zusammensturz der heutigen Staats- und Gesellschaftsverhältnisse vorbereiteteten, daß das unser eigentliches Ziel sei, und damit uns die Mittel geboten werden, das zu beweisen, schlage ich Ihnen vor: heben Sie das Socialistengesetz ganz ruhig auf!

Auszug der 3. Lesung.

Abgeordneter Prebel: Meine Herren, wenn ich in diesem Stadium unserer Verhandlungen das Wort ergreife, so muß ich mich von vornherein gegen den Verdacht verwahren, als glaube ich mit meinen Ausführungen noch irgend welchen Eindruck auf diejenigen zu machen, die am Sonnabend für das Gesetz ihre Stimme abgegeben haben. Nein, meine Herren, ich bin fest überzeugt, und das galt schon vor der zweiten Lesung, daß alles Neben hier in diesem Hause für oder wider das Gesetz absolut unnütz ist und unnütz war, und daß die Neben, die hier gehalten worden sind, nicht für die Mitglieder des Hauses, sondern für das Volk draußen gehalten worden sind. Ich habe das auch bereits bei der ersten Verathung über dieses Gesetz vor circa 2 Monaten in diesem Hause ausgesprochen. Insbesondere habe ich damals darauf hingewiesen, daß nach den Andeutungen, die in jener Zeit durch die öffentlichen Blätter gingen über die Haltung des Centrums, wenn diese richtig seien, jede weitere Verhandlung überflüssig wäre. — Gleichwohl, meine Herren, ist man mit Zustimmung der Centrumpartei und mit Zustimmung der meisten Parteien dieses Hauses noch in eine ausführliche Verathung in einer Commission eingetreten. Man hat ferner hier drei Tage für und wider das Gesetz debattirt und hat schließlich daselbe, wie längst vorauszusagen war, angenommen. Wenn man daher vielfach jetzt draußen in der Welt hört, da ist mal wieder ein Stück parlamentarischer Intrigue, parlamentarischer Comödie aufgeführt worden, so glaube ich nicht, daß ein solches Urtheil zu hart erscheint.

Meine Herren, für mich handelt es sich heute um dreierlei. Es handelt sich für mich zunächst darum, die Haltung der beiden größten parlamentarischen Parteien, durch deren Benehmen das Gesetz zur Annahme gebracht worden ist, hier einer näheren Kritik zu unterziehen, es handelt sich in zweiter Linie für mich darum, eine Anzahl Angriffe und Anschuldigungen zurückzuweisen,

die im Laufe der Debatte namentlich gegen meine Person gerichtet worden sind; und es handelt sich drittens für mich darum, Ihnen nachzuweisen und, wie ich glaube, unwiderleglich, daß das Socialistengesetz, das Sie am Sonnabend in zweiter Lesung angenommen haben, und heute in dritter unzweifelhaft wieder annehmen werden, auf die Gestaltung und Entwicklung der socialistischen Ideen absolut einflußlos bleiben wird, und daß künftighin unzweifelhaft, wie immer die Handhabung dieses Ausnahmegesetzes sich gestalten wird, früher oder später in der einen oder anderen Gestalt die socialistischen Ideen ganz sicher zur Herrschaft in Staat und Gesellschaft gelangen werden. Das, meine Herren, ist unsere felsenfeste Ueberzeugung, und ich glaube es Ihnen am Schlusse meines Vortrages noch recht eindringlich klar machen zu können.

Meine Herren, das Gesetz ist, wie ich schon angedeutet habe, durch die Haltung eines großen Theiles der Mitglieder des Centrums und der Mitglieder der deutschfreisinnigen Partei zur Annahme gelangt. Beide Parteien haben bestimmte Parteiprogramme. Sätten sich die Mitglieder dieser beiden Parteien, wie man es doch von Mitgliedern und Angehörigen einer Partei erwarten sollte, nach ihrem Programm gerichtet und sich an dieses gebunden erachtet, so wäre es rein unmöglich gewesen, daß das Gesetz zur Annahme kam, weil alsdann sowohl die Mitglieder des Centrums, wie diejenigen Mitglieder der deutschfreisinnigen Partei, die für das Gesetz gestimmt hatten, genöthigt waren, gegen das Gesetz zu stimmen. Dem Umstand, daß man allgemein zweifelhaft war, ob die Mitglieder dieser Parteien getreu den Grundsätzen, zu denen sie sich bekannt haben, auch hier im Reichstage stimmen würden, — ich sage, nur diesem Glauben allein ist es zu verdanken, daß sechs Wochen lang die öffentliche Meinung über das endgiltige Schicksal des Gesetzes im Zweifel sein konnte.

Nun, meine Herren, im Programm des Centrums gibt es einen sehr schönen Grundsatz, der da sagt, unser Programm heißt: Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit für Alle! Ich frage nun die Herren, die am Sonnabend für dieses Gesetz gestimmt haben, wie sie diese drei Aussprüche in ihrem Parteiprogramm mit ihrer Haltung in Einklang zu bringen im Stande sind. Sie nennen sich eine „christliche“ Partei, und von einer christlichen Partei, wie man gewöhnt ist das Christenthum aufzufassen, sollte man glauben, daß in erster Linie Wahrheit und Aufrichtigkeit die Aufgabe des Mannes sei; Sie nennen sich eine christliche Partei, sage ich, — und eine der vornehmsten Aufgaben des Christenthums soll sein, Gerechtigkeit für alle Menschen auszuüben, selbst dem Feinde Gerechtigkeit widerfahren lassen. „Liebet eure Feinde, wie euch selbst“, heißt es in der Bibel, „thut wohl denen, die euch hassen“ u. s. w. Von diesem Grundsatz haben wir von einem großen Theil der Mitglieder des Centrums bei der Abstimmung nichts zu spüren bekommen; im Gegentheil, sie haben diesem klaren Standpunkt des Christenthums geradezu zuwider gehandelt. Noch mehr, meine Herren, sie haben einen Antrag eingebracht, der in der nächsten Zeit hier in diesem Hause zur Verathung kommen wird, — in dem sie auch an uns Socialdemokraten doch die Zumuthung stellen, demselben unsere Zustimmung zu geben: es ist dies der Antrag, nach welchem das Expartirungsgesetz aufzuheben. Mit Recht hat in einer der letzten Neben

der Herr Abgeordnete Windthorst darauf aufmerksam gemacht, daß gerade dieses Gesetz eines der allerschlimmsten Ausnahmegesetze ist, unter denen sie leiden. Nun, die Herren vom Centrum haben am Sonnabend mit ihrer Abstimmung einen Weg betreten, mit dem sie prinzipiell die ganze Ausnahme-gesetzgebung, die seit 10, seit 12 Jahren gegen sie erlassen worden ist, also auch das Expatriierungsgesetz, gutgeheißen haben.

(Sehr richtig!)

Sie können, meine Herren, künstlich nicht mehr in der Weise gegen die wider Sie selbst in's Leben gerufenen Ausnahmegesetze auftreten, wie Sie es bisher thaten; denn man wird Sie bei jeder Gelegenheit, und zwar mit vollem Recht, auf die Abstimmung vom Sonnabend verweisen, die unzweifelhaft mit Ihrer bisher öffentlich proclamirten Grundsätzen im grellsten Widerspruch steht. Selbst unter Ausnahme-gesetzen leiden und einer anderen Partei ein Ausnahme-gesetz aufbürden, — das ist das Stärkste, was überhaupt von einer politischen Partei, und im besondern Grade von einer vorzugsweise religiösen Partei geleistet werden kann.

(Sehr richtig.)

Meine Herren, ist wirklich die Gerechtigkeit gegen alle Menschen ein vorzugsweise christlicher Grundsatz, dann sage ich Ihnen, meine Herren vom Centrum, werden wir Ihnen beweisen, daß wir Antichristen bessere Christen sind, als Sie,

(Heiterkeit im Centrum)

— indem wir, Herr von Franckenstein, trotz Ihrer und Ihrer Genossen Abstimmung am Sonnabend für das gegen uns gerichtete Ausnahme-gesetz, für Ihren Antrag auf Aufhebung des Expatriierungsgesetzes stimmen werden. Wir werden Ihnen beweisen, daß wir keine Leute sind, die ein öffentlich gegebenes Wort in irgend einer Gestalt brechen; wir werden Ihnen beweisen, daß wir es mit unseren Grundsätzen ehrlich und aufrichtig meinen, und wir werden, obgleich ich einstmals öffentlich ausgesprochen habe, daß Sie die Todfeinde der Socialdemokratie sind, Ihnen doch beweisen, daß wir auch diesen Todfeinden gegenüber Gerechtigkeit walten lassen.

(Sehr gut! links.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Reichensperger (Dlpe) es über sich gebracht, am Sonnabend Namens derjenigen seiner Fraktionsgenossen, die für das Ausnahme-gesetz stimmen wollten, eine Art oratorischen Sertanzes anzuführen,

(Heiterkeit)

indem er nach allen möglichen Wendungen nach rechts und links endlich die Punkte zu begründen versuchte, die ihn und seine Freunde in letzter Instanz bestimmen müßten, für das Gesetz zu stimmen. Es ist ihm das recht schwer geworden; Herr Reichensperger (Dlpe) ist ein viel zu guter Jurist und Logiker, um die Schwäche seiner eigenen Ausführungen nicht selber zu empfinden, und man hat seinem Vortrag recht deutlich angehört, daß er, was ihn an Schwäche der Begründung abging, durch Leidenschaft der Sprache zu ersetzen suchte. Ich betone dem Herrn Abgeordneten Reichensperger gegenüber, daß alle Gründe,

welche er für die Verlängerung des Socialistengesetzes angeführt hat, genau, ohne daß auch nur ein Wort daran gestrichen zu werden braucht, für alle möglichen Verlängerungen von Ausnahme-gesetzen und selbst für neue Ausnahme-gesetze dem Centrum und jeder anderen Partei gegenüber angewandt werden können, genau bis auf's letzte Wort.

Der Abgeordnete Reichensperger (Dlpe) hat insbesondere sein Votum damit zu begründen versucht, die Regierung habe den Mittelweg, wozu die Herren die Hand geboten hätten, nicht betreten, sie habe die Hand zur Versöhnung schroff zurückgewiesen; dadurch seien sie in eine Zwangslage versetzt worden, und in der Nothwendigkeit dieser Zwangslage, für das Gesetz, wie die Regierung es verlange, oder gegen dasselbe zu stimmen, würden sie für das Gesetz stimmen. Herr Abgeordneter Reichensperger, wenn nun in den nächsten Tagen Ihr Expatriierungsantrag hier zur Verhandlung kommt, und ein Mitglied des Hauses auftreten und sagen wollte, er würde gerne den Herren vom Centrum den Gefallen thun und für den Antrag stimmen, aber hier sind die Herren vom Bundesrathstisch, die wollen davon nichts wissen, sie erklären, seit darauf zu bestehen, wir geben nicht nach, denn wir müssen das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen des Centrum, gegen die revolutionären Bestrebungen desselben noch fernerhin gebrauchen, — was würden Sie dann, Herr Reichensperger, und Ihre Freunde sagen? Mit welcher sittlicher Enttäuschung würden Sie auf diese Tribüne eilen und eine solche Logik zurückweisen.

(Sehr richtig, links.)

Weiter hat der Herr Abgeordnete Reichensperger ausgeführt, es sei auch heute ein wesentlicher Unterschied gegen früher, für das Gesetz zu stimmen, nachdem dasselbe bereits längere Zeit daure. Die Hauptschläge, die vom Gesetz ausgehen konnten, seien gefallen, die Existenz der Ausgewiesenen sei vernichtet, sie sei nicht mehr aufzurichten. Ferner seien unsere Mütter unterdrückt, die Vereine aufgelöst u. s. w. Es handele sich heute weit mehr darum, den status quo aufrecht zu erhalten, als umgekehrt, daß durch die Verlängerung des Gesetzes neue gewaltsame Schläge gegen die Partei geführt würden. Et! das ist ein merkwürdiger Standpunkt! Warum haben denn die Regierungen überhaupt die Verlängerung des unveränderten Gesetzes verlangt, wenn sie nicht jeden Augenblick, wo es ihnen paßt, aufs neue ähnliche Schläge gegen unsere Partei zu führen gesonnen sind oder in der Lage sein wollen, solche führen zu können. Wer gibt dem Herrn Abgeordneten Reichensperger auch nur die geringste Garantie, daß in den Bezirken, wo der Belagerungszustand verhängt ist, niemals neue Ausweisungen bevorstehen? Ich habe nicht bloß die feste Ueberzeugung, ich weiß bestimmt und könnte heute schon aus einem dieser Belagerungszustandsbezirke bestimmte Persönlichkeiten nennen, die in den nächsten Monaten abermals um ihre Existenz gebracht und hinausgeworfen werden.

(Hört!)

So stehen die Dinge. Und weiß der Herr Abgeordnete Reichensperger so genau, daß alle, die ausgewiesen wurden, heute in geborgener Existenz sind, und bei ihnen die geschlagenen Wunden vernarben? Er hat an den Priestern, die

aus ihrer Heimath und selbst aus ihrem ganzen Vaterlande geworfen wurden, ein Beispiel, wie diesen die Gewaltmaßregeln bekommen sind. Hier handelte es sich um familienlose Männer, die in der ganzen Welt, wohin sie kommen, eine großartige, mit reichen Mitteln ausgestattete Organisation vorfanden, wo sie wenigstens materiell auf das ausreichendste unterstützt wurden, wenn sie auch für die Seelenleiden, die ihnen durch die Ausnahmegesetzgebung zugefügt wurden, keine Heilung und keinen Ersatz fanden. Ganz anders mit unseren ausgewiesenen Parteigenossen. Unter den Ausgewiesenen; ich habe das schon mehrfach hervorgehoben, und die an Zahl in den drei Belagerungszustandsbezirken auf 500 bis 600 Köpfe sich belaufen, sind circa vier Fünftel Familienväter. Eine große Zahl dieser Männer ist absolut ruinirt worden. Es sind Verluste der allerschwersten Art dabei eingetreten. Eine erhebliche Zahl dieser Leute leidet heute noch unter diesen Zuständen in der denkbar schwersten Weise. Und da kommt ein guter frommer Christ und versucht in der Weise, wie geschehen, seine Abstimmung für solche Gewaltmaßregeln zu entschuldigen, — denn motiviren kann ich das nicht nennen. Nun, er mag das mit seinem Gewissen abmachen, und er wird ja einen Beschwörer finden, der ihn absolvirt. Ob er auch vor dem Richterstuhl der öffentlichen Moral absolvirt wird und vor dem Richterstuhl der Geschichte, das ist eine andere Frage.

(Sehr gut!)

Herr Abgeordneter Reichensperger, Sie und Ihr Bruder haben ja ganz besonders seit Jahrzehnten —

(Stimme des Präsidenten.)

Präsident: Ich muß den Herrn Nebner bitten, sich nicht an einzelne Mitglieder dieses Hauses zu wenden. Er hat zum Hause zu sprechen.

Abgeordneter Nebner: Nun, was ich gesagt habe, geht nicht bloß den Abgeordneten Reichensperger (Onkel) an, das geht eine große Zahl an und mögen sich die Herren, die für das Gesetz gestimmt haben, alle mit einander das gesagt sein lassen.

Der Abgeordnete Reichensperger hat dann insbesondere seine und seiner Freunde Abstimmung begründet mit unserem religionsfeindlichen Standpunkte. Er hat, wie ich schon vorhin andeutete, besonders einen feilheren Ausdruck von mir, daß die Partei des Centrum ein Todfeind des Socialismus sei, hervorgehoben; er hat aber weiter gesagt, ich hätte gekußert, die Kirche und die Religion seien unsere ärgsten Todfeinde.

(Sehr richtig! rechts.)

Nein, meine Herren, das ist durchaus falsch, da irren Sie sich sehr, wenn Sie das glauben. Unser ärgster Feind, das ist die Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Analog dem Standpunkt, wie er vorhin in der Resolution Wendt, die selber nicht die nötige Unterstützung gefunden hat, ausgesprochen wurde, sehen wir unseren schlimmsten Feind in der auf Grund unserer materiellen Existenzbedingungen, unserer ganzen heutigen Produktionsweise emporkommenen Herrschaft der Bourgeoisie, des Capitals; diese bekämpfen wir in erster Linie. Wir gehen von der Ansicht aus, daß, wenn erst diese Macht gestürzt ist, alles andere ganz von selber nachfällt, daß wir dann gar nicht nötig haben, besondere

Anstrengungen dafür zu machen, die Kirche zu untergraben. Und wer speciell Gelegenheit gehabt hat — ich werde später darauf noch etwas näher eingehen, — die hier vielfach angezogene Schrift von mir zu lesen, der wird diesen Standpunkt dort in der allerdeutlichsten und prägnantesten Weise ausgedrückt finden. Nein, meine Herren, wenn wir in der großen Mehrzahl unserer Partei Atheisten sind, und wenn ich zweimal in diesem Hause ausgesprochen habe, daß der Atheismus, das Umsichgreifen, das allgemeine Vorherrschen desselben in der Gesellschaft eine notwendige Folge der Verwirklichung des Socialismus sei, dann habe ich das nicht in dem Sinne gemeint, wie meinen können — und ich habe mich auch schon früher dagegen verwahrt —, als wenn wir von unserer Partei irgend wem bestimmte religiöse Ueberzeugungen vorschrieben. Meine Herren, in unserem Programm steht in Bezug auf die Religion: die Religion ist Privatfache; und wenn Sie unsere ganze Literatur durchblättern, unsere Congressbeschlüsse sich ansehen u. s. w., so werden Sie finden, daß alle Bestrebungen und alle Anträge, die auf etwas Segenheiliges abzielten, stets mit sehr großer Mehrheit von den Parteigenossen zurückgewiesen wurden. Wir verlangen von unseren Parteigenossen die Zustimmung zu ganz bestimmten Prinzipien und Auffassungen in Bezug auf den ökonomischen Zustand der Gesellschaft; wir verlangen von unseren Parteigenossen die Zustimmung zu bestimmten Prinzipien in Bezug auf den politischen Zustand der Gesellschaft, den Staat; aber Sie werden weder in unserem Programm, noch in irgend einer unserer Schriften eine Bestimmung in Bezug auf die Bindung einzelner Parteimitglieder bezüglich ihres religiösen Standpunktes finden. Derjenige Theil unserer Literatur, der sich überhaupt mit der religiösen Sache beschäftigt, ist gegenüber der Gesamtheit unserer Literatur ein äußerst verschwindendes und in der Hauptsache meist nur durch die Polemik mit anderen Parteien, die sich auf einen religiösen Standpunkt stellen, hervorgerufen worden. Nein, meine Herren, wir stehen in Bezug auf den Atheismus einfach auf dem Standpunkte der wissenschaftlich-materialistischen Weltanschauung, und, meine Herren, die andere Weltanschauung ist, wie schon mein Parteigenosse Geiser am Sonnabend hier angedeutet hat, nicht unser Werk; sie ist nicht durch unsere Agitation, durch unsere Literatur, durch unsere Thätigkeit erzeugt worden, sondern sie ist im wahrsten und vollsten Sinne des Wortes das Produkt der gesamten modernen Wissenschaft, wie sie in den letzten Jahrzehnten sich entwickelt hat.

(Sehr wahr! im Centrum.)

— Sehr wahr! rufen Sie mit Recht; daher wäre also die notwendige logische Folgerung in Ihrem Standpunkt, meine Herren, daß, wenn Sie überhaupt einmal in dem Atheismus Ihren Todfeind erblicken, Sie sich nicht gegen die Socialdemokratie, sondern gegen diejenigen wenden, welche in erster Linie diese Lehren verbreitet haben, das heißt gegen die Vertreter der modernen Wissenschaft.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Dann aber, meine Herren, kommen Sie allerdings in einen so eklatanten Widerspruch mit unserer gesamten Culturentwicklung, in einen so eklatanten Widerspruch mit der ungeheuren Mehrheit der gesamten Bevölkerung, daß Sie selbst gar nicht einmal wagen werden, hier öffentlich diesen Standpunkt zu vertreten; Sie müssen sich selbst sagen, er ist absolut undurchführbar. Und

die Maßregeln, zu denen Sie greifen müßten, die würden eben zu einem einfachen Todtschlagen aller wissenschaftlichen Forschungen führen; denn die Wissenschaft, das erklären ich ganz nachdrücklich, ist mit bestimmten religiösen Dogmen einfach unverträglich, steht in direktem Widerspruch mit denselben. Ich könnte dies noch des Weiteren ausführen; ich glaube aber, daß das, was ich zu diesem Punkte gesagt habe, zur Genüge aufklärt.

Nun hat der Abgeordnete Reichensperger zur weiteren Begründung seines bereits hervorgehobenen Standpunktes angeführt, wie vorzugsweise gerade die katholische Religion es sei, die ein geeignetes Mittel abgibt, den Socialismus einzudämmen und seine Verbreitung zu hindern. Das beweise die Thatsache, daß bis jetzt in den katholischen Bezirken Deutschlands der Socialismus im großen und ganzen noch wenig Boden gefunden habe, und daß gerade die socialistischen Kreise Deutschlands von diesen anarchisirenden und sonstigen Bestrebungen im Großen und Ganzen unberührt geblieben seien. Es wurde ihm bei dieser Ausführung von einem meiner Parteigenossen zugerufen: „Irland“. Er hat darauf nicht geantwortet. Ich will heute etwas näher auf diesen Punkt eingehen.

Meine Herren, wenn gegenwärtig die gesammte Kulturwelt durch die sich fast in unablässiger Reihe folgenden Dynamitattentate erschreckt wird, wer ist denn eigentlich der Urheber dieser Dynamitattentatsysteme? Das sind die katholischen Irländer. In keinem Lande, unter keiner Bevölkerung der Erde sind diese verabscheuungswürdigen Dynamitattentate, die Schuldigen und Unschuldigen in ihren Kreis ziehen, in solchem Maße in so kunstlicher Organisation gebildet und konstruirt worden, als gerade durch die streng katholischen Irländer.

(Zuruf? Streng katholisch?)

— Meine Herren, auf diesen Zwischenruf lasse ich mich nicht ein.

(Heterkeit.)

Die Irländer sind katholisch; ob Sie diese streng oder weniger streng katholisch ansehen, vermag ich von meinem Standpunkt aus nicht zu beurtheilen. Die katholischen Ueberzeugungen der Irländer sind zum Theil mit Schuld an dem Hass, den das katholische irische Volk gegen das protestantische, es unterdrückende, England hat. Das ist ganz natürlich, ich spreche mich nicht dagegen aus, sondern constatire einfach eine Thatsache.

Wo ist ferner die Anarchisterei, die besonders mit der Attentatswirtschaft zu thun hat, am meisten verbreitet? Bei uns im protestantischen Deutschland? Nein, die Anarchisten haben den meisten Boden, ja sie dominiren in Frankreich, Spanien, Italien und selbst in Oesterreich, also in lauter katholischen Ländern.

Meine Herren, was wollen Sie also mehr? Daraus ersieht Sie, daß nach der Theorie des Herrn Abgeordneten Reichensperger ich eigentlich den Spieß umbrehen könnte und sagen: nein, gerade im Gegentheil, die Verbrechen und Attentate werden ganz wesentlich durch die katholische Religion gefördert. Es fällt mir aber nicht ein, das zu behaupten und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil ich überzeugt bin, daß die ganze Thätigkeit, die auf diesen Gebieten gegenwärtig sich in fast allen europäischen Staaten vollzieht, im Großen und Ganzen mit dem jeweiligen religiösen Standpunkte der betreffenden Be-

völkerung gar nichts zu thun hat. Ich beanspruche aber nur, daß das, was ich in Bezug auf die katholischen Irländer ohne Weiteres zugebe, man auch in Bezug auf das protestantische Deutschland zugibt.

Immerhin aber hat die Auffassung des Abgeordneten Reichensperger in Beziehung auf diesen Punkt eine gewisse Berechtigung; aber nur scheinbar. Es ist wahr, meine Herren, daß, obgleich in dem katholischen Rheinland die industriellen Verhältnisse fast genau so entwickelt sind, ja zum Theil noch höher entwickelt sind, als in dem protestantischen Sachsen, in letzterem Lande der Socialismus weit vorgeschrittener, ausgebehnter und einflussreicher geworden ist, als in den katholischen Industriebezirken des Rheinlandes. Die Herren aber thun sehr unrecht, das als einen wesentlichen Vortheil Ihrer religiösen Bestrebungen zu betrachten. Die Sache liegt etwas anders. Als der Kulturkampf ausbrach, als Sie, meine Herren vom Centrum, gegen die Regierung in Opposition traten, haben Sie allerdings in allen Ihren Reden, mit denen Sie die Bevölkerung auf Ihre Seite zu bringen suchten, diese Angriffe auf Ihre Religion und die Ausübung Ihres religiösen Glaubens mit in den Vordergrund gestellt; wollen Sie aber bestreiten, daß Sie in sehr hohem Grade auch politische und sociale Momente in Ihre Agitation hineingeworfen haben? Wollen Sie bestreiten, daß in dem stets demokratisch gesinnten Rheinlande die Opposition, die Sie gegen die Staatsregierung auf politischem und sociale Gebiete gemacht haben, Ihnen ganz speciell die Arbeiter in die Arme getrieben hat? Wollen Sie bestreiten, daß Ihre Capläne, die vorzugsweise die Agitation bei den Massen betreiben, mit besonderer Vorliebe in den 70er Jahren die Schriften Lassalles und die socialdemokratischen Schriften überhaupt studirten und gegen die Herrschaft des Capitals oft in einer Weise auftraten, daß selbst wir Socialdemokraten die Segel streichen mußten?

(Heterkeit. Widerspruch im Centrum.)

Ja wohl, meine Herren, wenn man uns oft nachgesagt, wir versprechen den Arbeitern mit unseren schönen Verheißungen gewissermaßen die irdische Seligkeit, dann haben Sie durch Ihre Agitation dem kleinen Bürger und Bauern und dem Arbeiter nicht nur die irdische, sondern auch noch die himmlische Seligkeit dazu versprochen.

(Heterkeit.)

Sie haben uns einfach übertrumpft, Sie haben die Seligkeit für das irdische und für das himmlische Leben in Aussicht gestellt, und wenn solche Angebote gemacht werden, dann wundere ich mich nicht, daß der Arbeiter auf jene Seite tritt, wo ihm am meisten geboten wird.

(Heterkeit.)

Nun aber weiter! Selbstem hat sich das Blättchen bedeutend gewendet. Es ist kein Zweifel, daß der Abgeordnete Windthorst, der viel weitsehender ist, als viele andere seiner Collegen, daß die Herren vom hohen Adel, die großen Fabrikanten u. s. w. in Ihrer Partei, kurz alle, die durch ein solches Hineinziehen socialistischer Momente in die Agitation Gefahr liefen, sich in ihrer Stellung bedroht zu sehen, sehr unangenehm berührt wurden; es ist ferner kein Zweifel, daß die Versprechungen, die Sie in Bezug auf Erleichterung der Militärlast und der Steuerlast gemacht haben, durch Ihre Abstimmungen

hier in keiner Weise erfüllt worden sind. — Im Gegentheil sind Sie es gerade gewesen, die der Regierung zu neuen Steuern verholfen und, so viel ich weiß, gegen keine einzige Forderung von Bedeutung für Militärzwecke gestimmt haben. — Daher kommt es, daß allmählich mehr und mehr in den weitesten Kreisen des katholischen Volkes die Ueberzeugung Platz greift, daß wenigstens in Bezug auf die irdischen Versprechungen das Centrum nicht Wort gehalten hat. Und das Platzgreifen dieser Ueberzeugung verschuldet, daß in demselben Maße — es ist dies eine unbestreitbare Thatsache, und der Abgeordnete Reichensperger hat bereits darauf hingewiesen und es angedeutet — daß in demselben Maße wie in den letzten Jahren, trotz des Socialistengesetzes und unter der Herrschaft des Socialistengesetzes, in den katholischen Bezirken des Rheinlandes bei der Arbeiterklasse an Boden gewonnen haben. Das werden die nächsten Wahlen beweisen; das wissen Sie auch, meine Herren, und dies ist vielleicht ein ganz wesentliches Moment für die Abstimmung der Herren. Sie haben die Befürchtung, daß, wenn das Socialistengesetz aufgehoben wird, und wir wieder frei sprechen können, wir gerade durch die wirksamen Waffen, die Sie uns durch Ihre Haltung im Reichstag und im Landtag an die Hand gegeben haben, ein ganz ausgezeichnetes Agitationsmittel besitzen, gegen Sie zu wirken, dadurch aber in die Lage kämen, Sie allmählich aus einer ganzen Reihe von Wahlkreisen zu verdrängen.

(Widerspruch im Centrum.)

Ja, meine Herren, das dürfte ein ganz wesentlicher Umstand sein, der Sie bewegt hat, diese feindliche Haltung gegen uns beim Socialistengesetz einzunehmen. Es wird sich ja zeigen, wie sich die Dinge entwickeln, wenn auch vielleicht nicht bei den nächsten Wahlen, aber sicher bei den folgenden. Sie haben mit Ihrer Abstimmung den Weg betreten, den Sie seiner Zeit bei dem Nationalliberalismus auf das Entschiedenste verurtheilt haben, und dort wo der Nationalliberalismus geendet hat, fangen Sie jetzt an. Das stolze Wort des Herrn Abgeordneten Windthorst noch vor ein paar Tagen, daß Ihre Partei die einzige feste Partei in dem Chaos hier im Hause sei, ist durch die Abstimmung vom Sonnabend sehr ad absurdum geführt.

Neben den abweichenden Stimmen des Centrums sind es die dissentirenden Stimmen der deutsch-freisinnigen Partei gewesen, welche dem Socialistengesetz zur Annahme verholfen haben. Die deutsch-freisinnige Partei ist in der Gestalt, wie sie gegenwärtig vor uns sitzt, eine neue Partei und hat demgemäß auch ein neues Programm. Kaum ist die Spitze dieses Programms trocken, und bereits ist dasselbe von einem erheblichen Theile der Partei schmählich gebrochen worden. Im Programm der deutsch-freisinnigen Partei steht obenan: gleiches Recht für alle ohne Unterschied des Standes und der Partei. Und dieser Programmsatz, der beste, den die deutsch-freisinnige Partei aufstellen konnte, ist durch die Abstimmung eines Theiles ihrer Mitglieder in der schwersten Weise verletzt worden, — eine Handlung, über die ein Theil ihrer Parteipresse speciell hier in Berlin sich auch in der allerdeutlichsten Weise ausgesprochen hat. So z. B. zitiert die gefristige „Berliner Zeitung“ aus einer Rede eines der ersten Führer der deutsch-freisinnigen Partei vom 16. März d. J. über die Stellung der deutsch-freisinnigen Partei zum Socialistengesetz folgendes:

Die brennende Frage des Tages ist die Frage der Verlängerung des Socialistengesetzes. Die Frage ist unmittelbar praktisch, die Frage führt vielleicht zur Auflösung, und wenn wir in dieser wichtigsten Frage auseinandergehen, mit durchbrochenen Reihen in den Wahlkampfeinträten, der zur Grundlage haben würde die Frage des Socialistengesetzes, darüber muß Klarheit sein, wir bleiben von vornherein besser geschieden, als vereinigt diesen Kampf aufzunehmen.

„Sehr richtig!“ wird gerufen.

Unser Programm lautet klar und bestimmt —

nämlich das der Fortschrittspartei —

gleiches Recht ohne Unterschied des Standes und der Partei. Es hat niemals eine andere Auffassung in der Fortschrittspartei geherrscht, als daß die Zustimmung zu dem Socialistengesetz unveränderlich ist mit dem Programm der Fortschrittspartei. Gerade dieser so wichtige und augenblickliche brennende Punkt „ohne Unterschied der Partei“ ist übergegangen in das neue Programm, und damit ist die Grundlage der Uebereinstimmung gegeben und declarirt und gerade in der wichtigsten und entscheidendsten Frage des Augenblicks.

— Ich glaube, es war Herr Eugen Richter, der diese Sätze gesprochen hat. — Und nun frage ich Sie: was hat uns der Sonnabend gelehrt? Nicht nur, daß ein großer Theil, zwei Drittel derjenigen Männer, die sich mit den ehemaligen Mitgliedern der Fortschrittspartei vereinigt haben, für die Verlängerung des Socialistengesetzes stimmten — nein, es haben auch noch einige alte Mitglieder der Fortschrittspartei für die Verlängerung gestimmt, während eine andere Anzahl der Herren es vorgezogen haben, sich einfach zu drücken, was übrigens auch in anderen Parteien vorgekommen ist und nicht gerade ein Zeichen desjenigen Muthes ist, den die Herren beweisen sollen, denn sie sind von ihren Wählern hieher geschickt, um ihre Meinung offen und ehrlich auszusprechen.

Da entsteht die Frage: was soll man sagen, wenn in dieser Weise nach einer so kurzen Zeit die Parteien ihre Programme brechen, die Programme in Frage stellen? Meine Herren, es lassen sich diese widersprechenden Abstimmungen so einfach gar nicht erklären, wenn man eben nicht weiß, welche Dinge hinter den Coulissen spielten. Das Volk draußen hat freilich von allen diesen Dingen keine Ahnung, das nimmt die Dinge, wie sie ihm in den Zeitungen präsentiert werden. Das ist aber nicht das wirkliche Angesicht der Dinge, dieses schaut in allen wesentlichen Fragen, wie Sie alle wissen, ganz anders aus.

Die Haltung der deutschen freisinnigen Partei wird meines Erachtens sehr deutlich und klar durch die Abstimmung, welche die Herren gegenüber den Anträgen Windthorst auf Abschwächung des Socialistengesetzes eingenommen haben. Die Herren haben Anfangs für eine ganze Reihe der Abschwächungsanträge des Abgeordneten Windthorst gestimmt; als aber gerade die wichtigste Abstimmung kam, über den Antrag zu § 28 des Gesetzes, da haben sie sich dagegen erklärt und zwar in einer so radikalen Art und Weise, die man von ihnen sonst nicht gewöhnt ist: sie wollten entweder alles oder gar nichts haben. Sie haben einfach gesagt: wenn nicht der Belagerungszustandsparagraph über-

haupt fällt, dann können wir der Beschränkung bloß auf Berlin gar nicht zustimmen.

Wir, meine Herren, haben folgenden Standpunkt eingenommen, wir haben uns gesagt: wir sind selbstverständlich gegen das ganze Gesetz, das ja gegen uns speciell gerichtet ist, wir werden also, wenn es zur Abstimmung über das ganze Gesetz kommt, unter allen Umständen, einerlei in welcher amendirter Form daselbe die Zustimmung der Majorität gefunden hat, gegen dasselbe stimmen, aber wir werden andererseits, unbeschadet unserer Meinung über das Gesetz, für alle diejenigen Abschwächungsanträge stimmen, die geeignet erscheinen, unsere Lage — unter dem Gesetz zu verbessern, wie ich mich mal ausdrücken will.

Meine Herren, dieser taktische Standpunkt ist bisher von allen Parteien, die gegen irgend ein Gesetz eingenommen waren und für dasselbe nicht stimmen zu können glaubten, eingehalten worden; alle Parteien haben bisher, und auch die Fortschrittspartei, die deutsche freisinnige Partei — ich weiß nicht, ob in diesem Reichstag schon solche Gesetze vorgekommen sind — für solche Anträge gestimmt, die ihnen ein Gesetz annehmbarer erscheinen ließen. Und wenn die angenommenen Anträge schließlich nicht derart waren, daß sie eine wesentliche Verbesserung des Gesetzes herbeiführten, und sich mit dem Standpunkt der Parteien nicht wenigstens einigermaßen deckten, haben sie sich in der Schlussabstimmung dagegen erklärt. Wenn die deutsch-freisinnige Partei diesen einfachen taktischen Standpunkt, wie bei allen übrigen Abstimmungen, auch bei dem Socialistengesetz innegehalten hätte, dann wäre ja mit ihrer Hilfe das in Sinne der Windthorst'schen Anträge amendirte Gesetz angenommen worden, und damit wäre es allerdings schließlich zur Auflösung gekommen; die Auflösung aber wollten die Herren um jeden Preis vermeiden, selbst um den Preis der Aufopferung ihrer Grundsätze.

(Sehr richtig! rechts.)

— Es ist meine Ueberzeugung, daß so sich die Dinge verhalten und das muß wenigstens einmal offen ausgesprochen werden. — Die Deutsch-Freisinnigen haben dann, nachdem sie diese eigenthümliche Abstimmung bei § 28 beobachtet haben, sogar geflücht, daß, falls selbst die weniger Bedeutenden Abänderungsanträge des Abgeordneten Windthorst angenommen würden, die Regierung, ihrem Standpunkte getreu, nunmehr auch die Auflösung aussprechen würde, und sie also dennoch vor die Neuwahlen gesetzt würden mit der Parole: „für oder gegen das Socialistengesetz!“ Daher erklärt es sich, daß der Abgeordnete Hänel im letzten Moment, nachdem seine Partei erst geholfen hatte, die Aemterbements des Abgeordneten Windthorst anzunehmen, sich nunmehr gegen dieselben erklärte und damit den Abgeordneten Windthorst zwang, dieselben zurückzugeben, da ja nunmehr die Abstimmung darüber keinen Sinn mehr hatte, — sie wären gegen die Stimmen des Centrums verworfen worden. So haben die Herren durch ihre scheinbare und ausnahmsweise radikale Taktik das vermieden, was ihnen unter allen Umständen das allerunangenehmste und widerlichste war: die Auflösung des Reichstags, zu der ja Herr Bismarck allerdings, wie seine Reden hier beweisen, die allergrößte Lust bezogte.

Nun, meine Herren, wir werden diese Taktik der maßgebenden Parteien mit uns theilen n s i

Wahlen nicht vergessen, und seien Sie überzeugt, wir werden bei den nächsten Wahlen in ganz anderer Weise eintreten, als bei den Wahlen im Jahre 1881: wir werden unsere Leute stellen, und es dürften die Abstimmungen der letzten Tage gar Manchem recht unbequem kommen.

Ich gehe nun zum zweiten Theil meiner Rede über, zu den Angriffen, die durch verschiedene Redner und namentlich auch bei der ersten Lesung des Gesetzes, ohne daß ich darauf zu erwidern im Stande war, durch den preussischen Herrn Minister des Innern von Puttkamer erhoben wurden. Es handelte sich da in der Hauptsache um eine Schrift, die von mir ausgegangen ist, in der ich, wie ich zum Ueberflus noch einmal hier erklären will, in der Vorrede ausdrücklich betont habe, daß diese Schrift meine persönliche Ueberzeugung enthalte, daß in keiner Weise meine Partei für dieselbe verantwortlich gemacht werden könne, daß ich in keiner Weise erklären könne, inwieweit meine Partei mit dieser Schrift einverstanden sei. Gleichwohl hatte der Herr Minister in jener Rede den Inhalt meiner Schrift als ein Parteiprogramm bezeichnet, eine unwahre Behauptung, die ich in einer persönlichen Bemerkung bereits bei jener Gelegenheit entschieden zurückgewiesen habe. Aber, meine Herren, diese Behauptung ist, mehr oder weniger versteckt, in weiteren Reden der Abgeordneten immer wieder gekehrt, und obgleich dieser unwarren Behauptung der Herr Minister des Innern von mir in der entschiedensten Weise widersprochen wurde, ist diese ministerielle Behauptung bei dem letzten meiningensichen Wahlkampf in ganz ungehöriger Weise gegen meinen Parteigenossen Bierack ausgenutzt worden, trotzdem dieser gerade so unschuldig an dieser Schrift ist wie Herr von Puttkamer oder Herr von Münnigerode.

(Heiterkeit.)

Da ich voraussehe, meine Herren, daß bei dem in einigen Monaten bevorstehenden Wahlkampf dieselbe Taktik jedenfalls wieder beobachtet wird, so möchte ich doch hier ein für allemal an Ihr Anstandesgefühl und Ihr Ehrlichkeitsgefühl appelliren, und möchte Sie, soweit Sie persönlich auf die Wahlkämpfe in Ihren Wahlkreisen Einfluß haben, ganz ausdrücklich ersuchen, sich dagegen zu verwahren, daß etwa solche nichtnutzige Taktik, wie in dem gekennzeichneten meiningensichen Wahlkreis gegen Bierack, allerdings ganz ohne Erfolg, wie die Wahlziffern beweisen, geübt worden ist, nicht weiter vorkommt. Wollen Sie dagegen, meine Herren, die Schrift gegen mich auspillen,

(Heiterkeit rechts)

ausspielen — die Bezeichnung Auspillen hat allerdings auch, wie meine Schrift hier ausgeschlachtet worden ist, ihren sehr berechtigten Platz — wollen Sie dieselbe gegen mich auspillen, so habe ich nichts dagegen. Ich setze nur voraus, daß Sie Ihren Einfluß geltend machen, daß, wo das geschieht, ich in der Lage bin, Rede und Antwort zu geben. Denn nichts Unausständigeres kann ich mir denken — und das hat auch Herr Hänel in seiner neulichen Rede ausgesprochen — als eine Partei mit den schmutzigsten Waffen, mit den Waffen der Verdrehung, Entstellung und selbst der Verleumdung zu bekämpfen, ohne daß diese Partei in der Lage ist, sich gegen derartige Anschuldigungen öffentlich zu vertheidigen zu können, wie wir jetzt unter der Herrschaft des Socialistengesetzes

Nun hat Herr von Puttkamer als den hauptsächlichsten Kern meiner Schrift unter Anderem Folgendes hervorgehoben:

Meine Herren, dieses Buch, welches übrigens mit einem großen Schein wissenschaftlichen Applombs ausgerüstet ist, und welches von sehr erheblicher Belesenheit zeugt, geht von folgenden Grundzügen aus: Die ganze bisherige Entwicklung des Menschengeschlechts durch Jahrtausende der Geschichte hindurch im Staat, in Ehe, in Familie, in Religion, im Verhältniß des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer, ist eine große Verirrung, ein großes Verbrechen. Die Zustände, die auf Grund dieser völlig verirrten Weltanschauung sich entwickelt haben, sind berart trostlos, daß keine Reform der Welt im Stande ist, auch nur das Geringste an ihnen zu bessern. Nur der Umsturz und die Zerstörung dieses elenden Zustandes durch eine völlig neue Welt kann uns retten und wird uns retten. Und wie soll nun das bewerkstelligt werden? — „Es wird also“ —

— sagt er nun, in Gänsefüßchen, als wörtlichen Ausdruck der Schrift — „Es wird also alles verschwinden müssen, alle Organisationen der Menschheit sind völlig auf den Kopf zu stellen und aus der Welt zu schaffen.“

Meine Herren, ich fordere den Herrn Minister von Puttkamer auf, auch nur durch einen einzigen Satz in meiner Schrift zu beweisen, daß ich Annahmen, wie sie hier in den eben vorgetragene Sätzen enthalten sind, in dieser Schrift zum Ausdruck gebracht habe. Ich habe ausdrücklich schon damals in einer persönlichen Erklärung gesagt, daß ich in dieser Schrift vollständig auf dem darwinistischen Entwicklungsstandpunkte, auf dem Boden der materialistischen Weltanschauung stehe. Ich habe überall, Capitel an Capitel, Seite an Seite, nachzuweisen mich bemüht, wie alles das, was in einem langen Entwicklungs gange auf den besprochenen Gebieten, also insbesondere auch in Bezug auf die Stellung der Frau, in der menschlichen Gesellschaft vorgegangen ist, das nothwendige Produkt des jeweiligen Gesellschaftszustandes war. Das ist also ein diametral entgegengesetzter Standpunkt von dem, den der Herr Minister von Puttkamer mir imputirt hat. In dem letzten Theil meiner Schrift, nachdem ich vorher nach allen Richtungen hin nachgewiesen habe, daß auch die heutige bürgerliche Gesellschaft die nothwendige Folge eines früher anders gearteten Gesellschaftszustandes ist, daß also Alles, was besteht, mit Nothwendigkeit so wurde, wie es geworden ist, gehe ich dazu über, darzulegen, wie nach meiner Auffassung in einer späteren Periode aus der heutigen Gesellschaftsordnung ein neuer Gesellschaftszustand sich entwickeln wird, welche Stellung der Frau in dieser Gesellschaft der Zukunft angewiesen sein wird, und wie die Gesellschaft der Zukunft in den allgemeinen Zügen aussehn dürfte. Dies habe ich natürlich alles nur hypothetisch in den Ausführungen des Buches darlegen können, Ausführungen, die etwa ein Viertel des selben einnehmen. Ich habe dabei ausdrücklich erklärt, daß, da es sich hier um Zukunftsge staltungen handle, ich nicht in der Lage sei, zu behaupten, daß alles sich so vollziehen müsse. Ich konnte nur unter dieser Bedingung mich

auf solche Ausführungen einlassen. Ich habe also diejenige Reserve beobachtet, die selbstverständlich jeder Mensch beobachten muß, der über solche Dinge schreibt und überhaupt einigermaßen denken kann — und Herr von Puttkamer hat mir die Fähigkeit des Denkens noch nicht abgesprochen.

|(Weiterkeit.)

Solcher Art ist der Standpunkt, den ich in dieser Schrift eingenommen habe. Ich kann unmöglich darauf eingehen, die einzelnen Ausführungen des Herrn von Puttkamer zu widerlegen; ich kann nur sagen, daß das Bild, was er gegeben hat, ein Herrbild ist. Und wenn der Abgeordnete Richter in seiner letzten Rede, auf die Darstellung meiner Schrift durch Herrn von Puttkamer sich beziehend, gesagt hat, er habe sich gefreut und danke es Herrn von Puttkamer, daß er den Inhalt meiner Schrift niedriger gehängt habe, so erkläre ich, daß ich für meine Person gegen das Niedrigerhängen absolut nichts habe, daß ich aber ganz entschieden protestiren muß, daß ein Herrbild meiner Schrift niedriger gehängt wird.

Wir können uns in dieser Beziehung ja leicht verständigen. In nächster Zeit wird eine neue Auflage erscheinen. Ich bin bereit, sowohl Herrn von Puttkamer wie dem Polizeipräsidenten von Berlin die ersten Exemplare derselben zuzuschicken, damit sich die Herren von der Thatsache einer neuen Auflage überzeugen. Herr von Puttkamer möge alsdann seinen Einfluß ausüben — das wird ja gewiß von Erfolg sein, und nach den Ausführungen, die er über den schrecklichen Inhalt meiner Schrift gemacht hat, müßte er logischerweise diesem meinem Vorschlage zustimmen — um zu bewirken, daß die nächste Auflage nicht verboten, sondern ungehindert verbreitet werden kann.

(Weiterkeit.)

Ich gehe noch weiter. Ich erkläre mich bereit, auf mein Autorenrecht zu verzichten und Herrn von Puttkamer die Freiheit einzuräumen, sei es aus Staatsmitteln, sei es aus dem Reptilienfonds, worüber er ja zu verfügen hat, eine Auflage von x-beliebiger Höhe herstellen und vertheilen zu lassen. Ich bin damit einverstanden, wenn Herr von Puttkamer dafür sorgt, daß jedem deutschen Reichswähler bei den nächsten Reichstagswahlen ein Exemplar meiner Schrift in die Hand gegeben wird — natürlich unverfälscht.

(Große Weiterkeit.)

Es kann ja von seinem Standpunkt vielleicht richtig sein, daß eine solche Verbreitung dieselbe Wirkung haben dürfte, vielleicht noch eine viel bessere, als das Jacher'sche Buch, das der Staatsanwalt zu verfolgen abgelehnt hat. — Ich bin also mit einer solchen Massenverbreitung meiner Schrift vollkommen einverstanden und wäre einigermaßen gespannt auf die Wirkung, auf den Einfluß, den diese Schrift auf die weitesten Wählerkreise ausüben wird. Sie haben ferner, meine Herren, Ihre großartige Presse, Ihre Zeitungen zur Verfügung, durch welche Sie die Schrift be- und verurtheilen lassen können, Sie haben endlich Ihre Prediger in der Zahl von vielen Tausenden, die auf der Kanzel gegen sie losdonnern können, also Sie haben einen ungeheuren Apparat über den ich nicht verfügen kann, und wenn das alles nicht helfen sollte, meine Schrift todt zu machen, dann weiß ich wirklich nicht, was helfen kann.

Also ich denke, das ist ein sehr loyaler und zweckmäßiger Vorschlag, und ich bitte Herrn von Puttkamer dringend, sich genau zu überlegen, ob er nicht zweckmäßiger und praktisch ausführbarer ist. Er scheint freilich keine Lust dazu zu haben. Ich habe das schon aus der Art und Weise entnommen, wie er Herrn Richter entgegnet hat und sagte, dagegen müsse er sich entschieden verhalten, daß man diese Schrift niedriger hänge, sie bekannter mache; Herr Richter scheint gar nicht zu bedenken, wie gefährlich der Inhalt derselben sei, wie sie auf die Sündhaftigkeit der menschlichen Natur berechnet sei. Ich glaube, da hat Herr von Puttkamer augenscheinlich sehr persönlich gesprochen. Wenn ich mich gewisser Artikel im Züricher „Socialdemokrat“ erinnere, dann bin ich allerdings der Überzeugung, daß Herr von Puttkamer in Bezug auf die Sündhaftigkeit der menschlichen Natur bestimmte Erfahrungen gemacht hat.

(Heiterkeit.)

Ich will noch in kurzer Paraphrase bemerken: die Schrift ist bereits in weite Kreise gedrungen, sie ist auch gerade in die Kreise gedrungen, für die sie zunächst berechnet war, in die Frauenkreise, und da kann ich Herrn von Puttkamer versichern, daß die Zeugnisse, die ich aus hochachtbaren Frauenkreisen über den Eindruck, den meine Schrift erzeugte, erhalten habe, diametral seinem Urtheil gegenüberstehen.

Herr von Minnigerode hat dann weiter gesagt, indem er ebenfalls auf meine Schrift Bezug nahm, ich predige darin das Evangelium der freien Liebe. Ich bin ja überzeugt, daß Herr von Minnigerode aus vollster sittlicher Ueberzeugung seinen Standpunkt vertritt und alle seine Parteifreunde mit ihm; aber, meine Herren, ich habe mich über die freie Liebe nur theoretisch ausgesprochen, während ich weiß, daß die freie Liebe praktisch ganz besonders in den Gesellschaftskreisen des Herrn von Minnigerode gelbt wird.

(Hoh! rechts. Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Präsident: Ich muß den Herrn Abgeordneten bitten, nicht ein Mitglied dieses Hauses dadurch zu beleidigen, daß er die Gesellschaftskreise, mit denen derselbe umgeht, beleidigt.

Abgeordneter Bebel: In dieser Beziehung könnte man ja, wenn das sich hier für diese Stelle eignet, mit sehr zahlreichen Thatsachen aufwarten. Ich möchte nur an gewisse Zeitungsnotizen erinnern, welche die höchsten Kreise der Gesellschaften berühren, und die in den letzten Monaten durch die Presse gegangen sind, dann werden Sie hinlänglich verstehen, was ich in einer Richtung mit diesen Andeutungen meine.

Ferner ist ja nach unserem Strafgesetzbuch die gewerbmäßige Unzucht unter schwere Strafe gestellt, und gleichwohl finden es unsere christlichen Polizeibeamten mit ihrem Amte als Ueberwacher der Gesetze vollständig zu vereinbaren, daß sie die gewerbmäßige Unzucht offiziell begünstigen. Meine Herren, ich erinnere daran, daß in jeder größeren Stadt es eine bestimmte Anzahl von Häusern gibt, die speciell diesem Unzuchtzwecke dienen, und die von unserer Polizei in Widerspruch mit dem Gesetz tolerirt werden. Ich brauche ferner nur an die Praxis hier in Berlin zu erinnern. Ein einziger Spaziergang an einem beliebigen Abend in den Dämmerstunden durch die Straßen von Berlin wird Ihnen das in recht drastischer Weise bezeugen und

es sind nicht bloß unverheiratete Männer, die da bereitwillig in das Garn gewisser Frauen sich locken lassen, wie die Ärzte, die in diesen Dingen beruflich zu thun haben, Ihnen genau bestätigen werden. Also ich meine, Sie hätten alle Ursache, da Sie in einem Glashause sitzen, nicht mit Steinen zu werfen. (Eine Stimme bei den Socialdemokraten: Sehr wahr! — Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, komme ich zum dritten und letzten Punkt meiner Rede. Sie haben das Socialistengesetz verlängert, Sie werden es heute abermals verlängern. Selbstverständlich. Es sind zwei Hauptgründe, die Sie für die Verlängerung angeführt haben. Sie sagen: wenn wir die Socialdemokratie durch das Gesetz auch nicht vernichten, nicht unterdrücken könnten, was Ihnen ja am liebsten gewesen wäre, so haben wir wenigstens ihre Ausbreitung eingebremst, wir haben sie verhindert, ihre Ideen in weitere Kreise zu tragen, und zweitens haben wir durch den Zustand verhältnismäßiger Ruhe das Gine erreicht, daß nunmehr der Reichstanzler und die verbündeten Regierungen mit ihren socialreformativischen Maßregeln ungehindert vorgehen können, und damit ein gewisser Erfolg in sicherer Aussicht stehe. Meine Herren, ich gebe eins zu; ich glaube, ich gehe bis zur äußersten Grenze, wenn ich sage, daß Sie insofern mit Ihrem Socialistengesetz eine bestimmte Wirkung erzielt haben, als Sie bis zu einem gewissen Grade die öffentliche Ausbreitung der socialistischen Ideen verhindert. Das ist gewiß richtig; denn wenn wir die Presse, die Vereine und die Versammlungen auf Grund des gemeinen Rechtes ausnützen könnten, daß wir dann größere Propaganda für unsere Ideen machen könnten, ist ohne Zweifel, und es wäre Thorheit, wenn wir das bestreiten wollten. Es fragt sich aber, ob damit die erwünschte Wirkung erzielt wird, ob Sie wirklich damit auf die Dauer eine Einengung der socialdemokratischen Idee innerhalb bestimmter Grenzen erreichen können. Das bestreite ich auf das Allerentschiedenste um beizwillen, weil die socialdemokratischen Ideen und ihre Ausbreitung insbesondere viel weniger von der Thätigkeit einzelner Personen abhängig sind, als von dem Gesamtzustand der Gesellschaft, in dem wir uns befinden. Es ist ein ganz bestimmter gesellschaftlicher Zustand nothwendig, wenn bestimmte Ideen in einem solchen Zustande Platz greifen sollen. Vor hundert Jahren, meine Herren, wäre ein Kassale in Deutschland einfach mit einem ungeheuren Gelächter empfangen worden, und er hätte keine zehn Anhänger erhalten. Wäre Luther statt 1517 fünfzig Jahre früher aufgetreten, er würde ganz bestimmt nicht der äußerliche Veranlasser der Reformation geworden sein. Sie sehen also, der Boden im Volke muß für bestimmte Ideen vorbereitet sein; so gut wie nicht jeder Boden in der Natur ohne die nötige Vorbereitung jede Frucht trägt, so ist es auch mit den Ideen in der Gesellschaft. Die edelsten, besten, geschicktesten, wissenschaftlichsten Männer können Jahrhunderte lang Ideen predigen, sie finden absolut keinen Anklang, — und nach Jahrhunderten kommt dann ein weit unbedeutenderer Mann als die früheren, predigt in demselben Sinne und findet den allgemeinsten Anklang. So geschah es auch mit dem Christenthum, und so ist es mit den socialistischen Ideen gegangen. Der günstige Boden für die socialistischen Ideen ist aber unzweifelhaft durch die gegenwärtige moderne Produktionsweise, die wir in voller Uebereinstimmung

mit dem Herrn Minister von Puttkamer als die kapitalistische Produktionsweise bezeichnet, entstanden. Diese kapitalistische Produktionsweise proletarisirt mit einem Worte die Massen, sie concentriert die Kapitalien in den Händen Einzelner. Es ist gar keine Frage, daß in den letzten 20 Jahren die Concentration der Kapitalien einerseits und die Proletarisirung der Massen andererseits so zugenommen hat, wie überhaupt in keinem Zeitalter der Geschichte je zuvor. Und daher ist es ganz erklärlich, daß mit diesem ökonomischen Entwicklungsprozeß Hand in Hand geht die Ausbreitung und Festwurzelung der sozialistischen Ideen. Genau in demselben Maße, wie die kapitalistische Produktionsweise innerhalb der modernen Gesellschaft immer mehr zur Geltung gelangt, in dem Maße wie die Massen dadurch proletarisirt werden, die alten aus der Feudal- und Zunftzeit herübergenommenen Stände und socialen Schichtenbildungen durch die kapitalistische Entwicklung aufgelöst, zerrüttet und vernichtet wurden, in demselben Maße haben die sozialistischen Ideen an Macht, Umfang und Bedeutung zugenommen. Daraus ergibt sich aber mit Nothwendigkeit, und zwar so sicher, wie zweimal zwei vier sind, daß, wenn Sie dieser ganzen gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung keinen Einhalt zu thun vermögen, wenn Sie nicht im Stande sind, diese Zustände auf ein früheres Stadium zurückzuführen, Sie auch absolut außer Stande sind, der weiteren Entwicklung der sozialistischen Idee Einhalt zu verschaffen, denn sie hängen unauf löslich damit zusammen, sie sind gewissermaßen das geistige Fluidum, das aus diesen gesellschaftlichen Zuständen entsteht. Sie sehen ja, wie es wirkt. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion in Deutschland hat weit mehr als in anderen Culturländern, weil wir später als jedes andere vorgeschrittene Culturland in diesen Entwicklungsprozeß eingetreten sind, die rapidesten Fortschritte gemacht. Die Folgen davon sind, daß in einem viel höheren Grade als in Frankreich unser Bauernstand, der Handwerkerstand, unser kleiner Krämer-Handelsstand in die drückendste Lage gekommen sind. Der rapide, plötzlich hereinbrechende Berserkungsprozeß hat es unmöglich gemacht, daß diese gesellschaftlichen Schichten im Stande waren, demselben den geringsten Widerstand entgegenzusetzen. Diese Mittelschichten werden rasch vernichtet. Daher, meine Herren, die Erscheinung, daß thatsächlich der Socialismus heute sowohl im Bauernstand, wie im Handwerkerstand zahlreiche Anhänger findet. Da mögen Sie mit Ihren Zunft- und Innungsbestrebungen zur Förderung des kleinen Gewerbes, mit Ihren Böllen, die den Kleinbauern angeblich retten sollen, und allen sonstigen Einrichtungen und Vorkehrungen kommen, die allesamt mehr oder weniger darauf abzielen, die Gesellschaft in längst überwundene Entwicklungsperioden zurückzuführen, Sie werden damit absolut nichts erreichen. Alle Ihre sogenannten Reformbestrebungen halten die Entwicklung nicht auf.

Wenn ich ein Bild gebrauchen soll, das Ihnen das recht deutlich veranschaulicht, so ist es folgendes: stellen Sie sich einen Fluß vor, der zwar langsam aber stetig fließt. Da kommen Kinder und werfen Steine ins Wasser, wie wir es wohl alle mehr oder weniger in unserer Jugend gethan haben, und ergötzen sich daran, daß von der Stelle aus, wo der Stein in's Wasser



fiel, zuerst kleine Kreise, dann immer größere und weitere entstehen, bis oben man oberflächlich beurtheilt schließt, das Wasser bewege sich im Kreise. Jeder weiß erfahrungsmäßig, daß sich nur die Oberfläche kräuselt, daß im Uebrigen in majestätischer Ruhe und unberührt von dem Stein der Fluß ruhig seinen Gang geht. Genau so wie die Wirkung des Steines ist die Wirkung der Pallastivmittel, die Sie auf der Rechten und im Centrum in den letzten Jahren angewendet haben, um dem kleinen Handwerkerstand und dem kleinen Bauernstand aufzuhelfen. Wenn Sie diese mit der großen socialen Strömung vergleichen, wie sie sich durch die moderne Produktionsweise und durch den damit innig zusammenhängenden Betrieb im Handel und Verkehr in allen Culturländern der Welt in den letzten Jahrzehnten immer großartiger und kolossaler entfaltet — wenn Sie, sage ich, mit dieser Strömung Ihre Bestrebungen vergleichen, ach, meine Herren, wie unendlich kleinlich und unbedeutend erscheinen da dieselben, — damit erreichen Sie gar nichts. Es sind Pallastive der allerkleinsten Art, und Sie können machen was Sie wollen, diese mächtige Strömung unserer socialen Entwicklung sind Sie nicht zu hemmen im Stande.

Ein anderes Uebel geht noch daraus hervor, daß unsere mittleren gesellschaftlichen Schichten, der frühere solide Handwerker, Bürger- und Bauernstand, welche die Hauptgrundlage des gegenwärtigen Staates bilden, durch unsere ökonomische Entwicklung zu Grunde gerichtet werden. Wir sehen, wie in diesen Schichten das Bestreben obwaltet, nicht mehr die Söhne dem Handwerk, dem väterlichen Gewerbe, zuzuführen, weil man sich sagt, dieser Kampf ist aussichtslos, es fehlen uns die Mittel, um unsere Söhne noch concurrenzfähig auf den Weltmarkt machen zu können. Dagegen senden sie ihre Söhne mehr und mehr in die höheren Bildungsanstalten aller Art, um sie für die sogenannten höheren Berufe auszubilden zu lassen. Dadurch entsteht nun weiter die Erscheinung, daß in demselben Maße wie unser ökonomischer Entwicklungsprozeß auf Verarmung der Massen hinarbeitet, zu gleicher Zeit Hand in Hand damit gehend, ein Gelehrtenproletariat in Deutschland in geradezu erschreckender Weise zunimmt.

Die unumgängliche Folge dieses Zustandes ist eine Erweckung der allgemeinen Unzufriedenheit in fast allen Schichten der Gesellschaft. Die Unruhe und Unzufriedenheit der Gesellschaft wächst stetig. Jeder fragt sich: wie soll das enden, wie soll das geändert werden, wo soll das hinaus? Die Reichsregierung kann schon ihrer Stellung nach, indem sie oben auf der gesellschaftlichen Pyramide steht, alle diese Bestrebungen und Anstrengungen beobachten, sich naturgemäß der Erkenntniß von diesem Zustand der Dinge nicht verschließen; sie wird gezwungen einzugreifen und durch bestimmte sociale Reformen nach Möglichkeit diesen Strömungen entgegenzuwirken und sie zu moderiren, um sie womöglich aufhalten zu können und die so sehr gestörten socialdemokratischen Ideen unterbrücken zu können. — Meine Herren, auch das ist ein vergebliches Streben. Die Neuheringer, die in seiner letzten Rede der Herr Abgeordnete Richter in Bezug auf die Bedeutung der Unfall- und Krankenversicherung als Reformmaßregeln hier gemacht hat, theile ich vollkommen und mit mir alle meine Parteigenossen. Sie ändern mit allen diesen Mitteln,

mit all den weiteren Reformvorschlägen, die Ihnen noch zugehen werden, an dem wirklichen Wesen und Kern unserer ökonomischen Entwicklung nicht das Allermindeste. Sie bringen damit dem Arbeiter auch nicht ein einziges Butterbrod in die Tasche, das versichere ich Sie. Sie werden bald einsehen lernen, daß Sie damit auf die Länge auch nicht auskommen, und ich glaube, es ist wesentlich dieses Gefühl, das den Herrn Reichskanzler veranlaßt hat, in einer seiner letzten Reden „das Recht auf Arbeit“ zu proclamiren. Nun, wir nehmen ihn beim Worte durch den Antrag, den wir gestellt haben. Wir wollen einmal sehen, wie sich der Herr Reichskanzler dieses Recht auf Arbeit verwirklicht eigentlich denkt. Er hat bereits abzuwiegen gesucht; er hat auf die Erwiderung des Abgeordneten Richter hin sofort das preussische Landrecht zur Hand genommen und hat daraus uns Paragraphen vorgelesen, die vor ungefähr hundert Jahren festgesetzt wurden, aber wahrhaftig nicht, um eine große sociale Bewegung zu helfen, sondern um die Armenpflege zu reguliren. Auch der Abgeordnete Windthorst ist dem Herrn Reichskanzler zu Hilfe gekommen und hat erklärt, so, wie der Abgeordnete Richter es auffasse, habe der Reichskanzler das Recht auf Arbeit nicht gemeint, er meine das Recht auf Arbeit im Sinne des preussischen Landrechts. Nun, darauf bräuchte der Reichskanzler nicht zu kommen; wenn er nichts weiter will, dann kann er ruhig wieder einpacken. Die Armenunterstützung auch in der Form von Beschäftigung ist anerkanntes Recht nicht bloß in dem Geltungsbereich des preussischen Landrechts, sondern in allen deutschen Staaten, wo das preussische Landrecht keine Geltung hat. Dort sind ganz ähnliche Bestimmungen maßgebend. Wenn also der Reichskanzler unter dem Recht auf Arbeit nicht andere Dinge versteht, dann wird er allerdings mit diesem seinem neuesten Programm in eine böse Klemme kommen und wird schwerlich hell aus der Flamme kommen, die er sich selbst gestellt hat. — Will er aber wirklich das Recht auf Arbeit in dem Sinne, wie man es notwendiger Weise verstehen muß, und wie es allein nur einen Sinn hat, proclamiren, dann treibt er, meine Herren, einen starken Keil tief, tief in das ganze Wesen der bürgerlichen Gesellschaft, dann ist die bürgerliche Gesellschaft, wie man zu sagen pflegt, aus dem Leim gebracht.

(Rufe: Sehr wahr! links.)

— Dann ist die bürgerliche Gesellschaft in ihren Grundfesten einfach untergraben, und dann sehe ich nicht ein, warum der Herr Reichskanzler noch Ausnahmegesetze gegen uns haben will,

(Sehr richtig!)

er müßte vielmehr dann uns hier als seine Bundesgenossen anrufen.

(Sehr richtig! links.)

So stehen also die Dinge. Sie sehen, daß Sie dieser naturnothwendigen Entwicklung der Dinge gegenüber mit all Ihren Mitteln nichts erröthen. Im Gegentheil wird von alle dem nur die Folge sein, daß das Gefühl des allgemeinen Mißbehagens, die allgemeine Unzufriedenheit, die allgemeine Unruhe der Geister stetig wächst und zunimmt, wenn innerhalb eines Zeitraums von verhältnißmäßig wenig Jahren sich deutlich für Jeden herausstellt, daß trotz allen schönen Redensarten und Versprechungen vom Regierungstische aus die praktischen Resultate in Bezug auf die Besserung und günstigere Umgestaltung

der Verhältnisse so gut wie null sind. Sie werden die Unzufriedenheit umso mehr steigern, je mehr Sie das Ausprechen dieser Unzufriedenheit durch Repressivmaßregeln unmöglich zu machen, je mehr Sie das Discutiren und Discutiren unterbrechen und damit die allgemeine Aufklärung über die einschlagenden Wege und zu ergreifenden Mittel unmöglich machen. Daraus wird wiederum naturgemäß folgen, daß nach ganz bestimmten psychologischen Gesetzen eben schließlich die Gewalt als der einzige Ausweg erscheint. Man wird das mit Gewalt zu erlangen suchen, was man auf legalen Wege nicht erlangen konnte.

Ja, meine Herren, ist denn das wirklich Ihr Ziel? Nach gewissen Reden, die hier gehalten worden sind, möchte man es fast annehmen. Man möchte fast annehmen, Sie wünschten, daß recht viele anarchistische Attentate vorkämen, damit man — nicht bloß mit dem „kleinen“ Belagerungszustand in Deutschland, sondern womöglich mit dem großen Belagerungszustand vorgehen könnte, daß man die Bewegung sozusagen in einem Meer von Blut erlösen könnte. Meine Herren, täuschen Sie sich nicht, so wenig, wie wir im Stande sind, der Bewegung eine bestimmte Richtung zu geben, nicht im Stande sind, Sie in einem gegebenen Moment auf einen bestimmten Punkt hin zu dirigiren, ebensowenig sind Sie umgekehrt im Stande, diese Bewegung in ihrer Entwicklung zu hemmen und auf die Dauer zu unterbrechen. Also in Ihrem Interesse wäre es dringend geboten gewesen, daß Sie dem Gesetze Ihre Zustimmung nicht gaben. Sie haben es aber für besser gehalten, dieselbe zu geben. Nach den Reden, die zuletzt hier geführt wurden, muß man annehmen, daß der erst mehr hervorgetretene Gesichtspunkt, man wolle der Socialreform wegen das Gesetz noch kurze Zeit aufrecht erhalten, mehr in den Hintergrund getreten ist, und es scheint fast, als ob das „Ausnahmegesetz“ eine dauernde Institution werden soll. Meine Herren, Sie haben das Gesetz gutgeheißen, — Sie werden auch voll und ganz die Folgen, die es hat, auf sich nehmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)